



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

2/SN-107/ME
A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Telex 1370-900 Telefax 531 15/2699
DVR: 0000019

GZ 601.323/1-V/4/94

An das
Präsidium des
Nationalrates

1010 W i e n

GROSSGESETZENTWURF	
Zl. 82	-GE/10
Datum:	6. DEZ. 1994
Verf.:	6. Dez. 1994

Di Jancis typ

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Salzmonopolgesetz und das Berggesetz 1975 geändert werden

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übersendet
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines
Bundesgesetzes, mit dem das Salzmonopolgesetz und das Berggesetz
1975 geändert werden.

5. Dezember 1994
Für den Bundeskanzler:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.323/1-V/4/94

An das
Bundesministerium für Finanzen
Abteilung III/11

Himmelpfortgasse 4-8
1015 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Achleitner

2219

SaM-100/5-III/11/94
15. November 1994

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Salzmonopolgesetz und das Berggesetz 1975 geändert
werden

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst teilt zum oz., am
22. November 1994 eingelangten, Entwurf folgendes mit:

1. Allgemeines:

Gemäß dem Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 13. Juni
1973, GZ 33.123-2a/73, soll den begutachtenden Stellen eine
Frist von wenigstens sechs Wochen zur Verfügung stehen, die im
vorliegenden Fall bei weitem unterschritten wurde.

2. Zur Rechtssetzungstechnik:

Gemäß der Richtlinie 65 der Legistischen Richtlinien 1990 ist
dem System der Einzelnovellierung folgend grundsätzlich jede
Änderung einer Rechtsvorschrift mit einem gesonderten Gesetz
oder einer gesonderten Verordnung vorzunehmen.

- 2 -

Zwar haben das Salzmonopolgesetz und das Berggesetz 1975 sachliche Bezugspunkte; sie sind jedoch nicht in der Weise sachlich zusammengehörend zu betrachten, daß deren Novellierungen ausnahmsweise in einer Sammelnovelle zusammengefaßt werden dürften. Es wären daher zwei getrennte Einzelnovellierungsentwürfe der Bundesregierung zur Beschlußfassung zuzuführen.

3. Zum Salzmonopolgesetz:

3.1 Zur Überschrift "Artikel I" und zum Titel:

Es gilt das zu Punkt 2. Angeführte.

3.2 Aus Gründen allenfalls anfallenden drucktechnischen Mehraufwandes wird ersucht, in der Z 3 des Artikel I keine unterschiedliche Schrifttype zu verwenden.

3.3 Gemäß der Richtlinie 41 und dem Anhang 2 der Legistischen Richtlinien 1990 ist das Inkrafttreten der durch die Novelle geänderten Bestimmungen in der Stammvorschrift zu normieren. Es wäre daher nach § 13 folgender § 14 anzufügen: "§ 14. Die §§ 8 und 9 Abs. 1, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/1995, treten mit ... 1995 in Kraft. Die §§ 1 bis 7 und 10 bis 12, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1995, treten mit Ablauf des ... 1995 außer Kraft."

4. Zum Berggesetz 1975:

4.1 Zur Überschrift "Artikel II" und zum Titel:

Es gilt das zu Punkt 2. Angeführte.

4.2 Gemäß der Richtlinie 41 und dem Anhang 2 der Legistischen Richtlinien 1990 ist das Inkrafttreten der durch die Novelle geänderten Bestimmungen in der Stammvorschrift zu normieren. Es wäre daher dem § 261 der folgende Abs. 3 anzufügen: "(3) § 76 Abs. 2, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.

- 3 -

Nr. XXX/1995, tritt mit ... 1995 in Kraft." In einem weiteren Absatz könnte dann die Inkrafttretensregelung für die Bundesgesetze BGBl. Nr. 450/1994 und 633/1994 der Richtlinie 41 der Legistischen Richtlinien 1990 entsprechend gestaltet werden. Zur Rückwirkung wird auf Punkt 5.2 unten hingewiesen.

5. Zu den Erläuterungen:

5.1 Im vorletzten Absatz des Allgemeinen Teiles der Erläuterungen sollten nach dem Wort "obliegt" die Worte "nach der derzeit geltenden Rechtslage" eingefügt werden.

5.2 Das Erfordernis eines rückwirkenden Inkraftsetzens der Änderung des § 76 Abs. 2 des Berggesetzes 1975 ist auch aufgrund der Angaben in den Erläuterungen nicht nachvollziehbar.

5.3 Am Ende des Allgemeinen Teiles sollte im Sinne der in dieser Hinsicht weiterhin gültigen Legistischen Richtlinien 1979 die Kompetenz des Bundes zur Erlassung des in Aussicht genommenen Gesetzes begründet werden.

6. Zur Textgegenüberstellung:

Eine Textgegenüberstellung betreffend das Berggesetz 1975 wäre herzustellen.

5. Dezember 1994
Für den Bundeskanzler:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

